Laboe, den 25. Februar 2021

An

- den Vorsitzenden Michael Meggle
- den Bürgermeister Heiko Voß

nachrichtlich

- dem Amt Probstei
- den Fraktionen
- dem Einzelkandidaten Kalli Fleischfresser

Antrag der LWG-Fraktion zur Sitzung der Gemeindevertretung am 03.03.2021 auf Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Ostseebad Laboe

Sachverhalt:

Seit nunmehr einem Jahr beherrscht die Corona-Pandemie das öffentliche Leben. Hiervon betroffen ist auch der kommunale Sitzungsdienst. Viele Sitzungen mussten ausfallen, verlegt werden oder beschränkten sich inhaltlich nur auf Sachthemen, die vertraglich oder gesetzlich keinen Aufschub duldeten. Und so blieben viele anstehende Themen auch mit finanziellen Auswirkungen oder erheblicher Tragweite für die Gemeinde Ostseebad Laboe „auf der Strecke“.

Natürlich zeigte sich seit Anbeginn der Pandemie, dass gerade im Kreis Plön und somit auch in Laboe sich die Werte bezüglich der Ansteckungen durch Covid-19 durchgängig in im unteren Niveau bewegten und bewegen. Auch die aufgestellten Regeln und angewandten Hygienekonzepte führen dazu, dass bisher die Gremienarbeit zu keiner Ansteckung (zumindest nicht bekannt) geführt hat. Sodass grundsätzlich festzustellen ist, dass nach heutigem Kenntnisstand Sitzungen unter Weiterbeachtung und Einhaltung der Hygieneregeln und -maßnahmen als Präsenzveranstaltungen stattfinden können.

Doch stellt jeder Tag nur eine Momentaufnahme dar, und die „guten“ Zahlen von heute können schon Morgen „Schnee von gestern“ sein, und die Situation kann sich schlagartig verschlechtern. Nämlich dann, wenn sich Inzidenzwerte, sprich Infektionszahlen erheblich erhöhen beispielsweise durch sog. Mutationsviren, wie sie mittlerweile in Deutschland (u. a. Flensburg) schon mehrfach bis häufig nachgewiesen werden.

Um, beispielsweise bei erheblich ansteigenden Infektionszahlen während dieser Pandemie oder bei anderen Umständen von höherer Gewalt, dennoch weiterhin kommunalpolitisch arbeitsfähig zu sein und zu bleiben, beantragt die LWG die Ergänzung der Hauptsatzung um den § 5b in Form der im Beschlussvorschlag zu 1. dargestellten Änderungssatzung.

Wann liegt ein Fall höherer Gewalt vor?

Gemäß § 34 Abs. 1 Satz 2 GO beruft die oder der Vorsitzende (§ 33 GO) die Sitzung ein.

Ist durch Hauptsatzungsregelung die Möglichkeit eröffnet worden, Sitzungen per Videokonferenz durchzuführen, entscheidet die oder der Vorsitzende (Bürgervorsteher*in, Ausschussvorsitzende*r) in Abstimmung mit der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister, ob ein Fall „höherer Gewalt“ vorliegt (vgl. amtl. Begründung zum Gesetzentwurf LT-Drs. 19/2243, S. 8).

Wie stellt man die Öffentlichkeit her und wie werden Einwohnerfragen behandelt?

Die Öffentlichkeit insgesamt kann nur durch Übertragung eines Livestreams in Bild und Ton über ein für jedermann und -frau zugängliches Internet-Portal erfolgen.

Gemäß § 16 c Abs. 1 GO **muss** die Gemeindevertretung bei öffentlichen Sitzungen Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit einräumen, Fragen zu stellen und Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten.

Es wird zwar als ausreichend im Sinne des § 35 a Abs. 4 GO angesehen, wenn mit der örtlichen Bekanntmachung der Sitzung angeboten wird, dass Einwohnerfragen bis zu einer bestimmten Frist (per Mail oder schriftlich) an die Verwaltungsanschrift gerichtet werden können, die dann in der öffentlichen Sitzung verlesen und beantwortet werden. Dennoch ist gemäß § 35 a Abs. 5 GO verpflichtend durch zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton in einen öffentlich zugänglichen Raum die Öffentlichkeit herzustellen. In diesem öffentlichen Übertragungsraum können mit Kapazitätsbeschränkung Fragesteller im Rahmen der Einwohnerfragestunde zugelassen werden.

Gemäß § 16 c Abs. 1 Satz 4 GO **können** die Ausschüsse in ihren Sitzungen (ebenfalls) eine Einwohnerfragestunde durchführen, müssen es aber nicht. Im Rahmen der Hauptsatzungsänderung wird unter § 5b Abs. 5 von vornherein festgelegt, dass in Fällen von höherer Gewalt in den Ausschusssitzungen Einwohnerfragestunden nicht durchgeführt werden.

Wie sieht es aus bei Verhinderung eines Gremiumsmitglieds, bei der Beschlussfähigkeit und auch bei Mitwirkungsverbot von Mitgliedern?

Die Beschlussfähigkeit ergibt sich aus § 38 GO. Die Durchführung einer Sitzung kann nur in Form einer Videokonferenz, also durch die gleichzeitige Übertragung von Bild und Ton erfolgen. Die Sitzungsteilnehmer*innen haben also Ihre Kamera während des Sitzungsverlaufs grundsätzlich eingeschaltet zu lassen. Gelingt einem Mitglied die Teilnahme aus technischen Gründen nicht, beeinträchtigt dies die Beschlussfähigkeit nicht (§ 38 Abs. 1 Satz 1 GO: „Die Gemeindevertretung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreterinnen und -vertreter anwesend ist.“

Bei der Durchführung von Abstimmungen ist es natürlich notwendig, die Teilnahme nicht Stimmberechtigter an der Abstimmung auszuschließen und eine effiziente Feststellung von Mehrheiten zu ermöglichen. Dafür könnte (oder müsste?) ein gesondertes Abstimmungstool eingesetzt werden, das nur die stimmberechtigten Teilnehmer*innen nutzen können.

Wortbeiträge der Sitzungsmitglieder müssen klar voneinander unterschieden und dem

jeweils wortführenden Mitglied erkennbar zugeordnet werden können.

Der Sitzungsleitung muss es technisch möglich sein, in angemessener Zeit auf eine nichtöffentliche Sitzung umzustellen und die Öffentlichkeit sowohl im öffentlich zugänglichen Raum als auch über Internet wiederherzustellen.

Für den Vorsitzenden muss kontrollierbar und technisch möglich sein, dass ausgeschlossene Personen keinen Einfluss auf die Willensbildung und Beschlussfassung nehmen können. Fraglich ist, ob der oder die Betroffene für die Dauer des Tagesordnungspunktes die Video- und Mikrofonfunktion ausschaltet, im Übrigen aber im virtuellen Raum verbleibt. Dies wird aus rechtlicher Sicht jedoch für ausreichend erachtet, soweit keine andere Einflussmöglichkeit des Ausgeschlossenen besteht. Aus Gründen der Rechtssicherheit (Vermeiden des Nutzens von Chatfunktion o.ä.) sollte die oder der Betroffene für die Dauer des Tagesordnungspunktes jedoch die Konferenz gänzlich verlassen und nach Beendigung des Tagesordnungspunktes darüber informiert werden (z. B. telefonisch), sich wieder zuzuschalten.

Darüber hinaus sind natürlich die datenschutzrechtlichen Aspekte und hier vorrangig die europäische DSGVO zu beachten.

Schlussendlich ist es mit einer einfachen Änderung der Hauptsatzung nicht getan. Eben die zuvor angeführten und ggf. weitere Fragen gilt es organisatorisch, technisch und auch wirtschaftlich zu klären, damit Sitzungen „in Zeiten höherer Gewalt“ als Videokonferenz nicht nur zum Schutze der Beteiligten, sondern auch rechtssicher durchgeführt werden können. Denn, natürlich müssen die technischen Mittel (Hardware, Software, Infrastruktur) definiert sein und auch zur Verfügung stehen.

Sitzungen in Form von Videokonferenzen erfordern von den Sitzungsteilnehmern, den Protokollführer*innen, der technischen Begleitung sowie und insbesondere von den Ausschussvorsitzenden ein hohes Maß an Konzentration und Selbstdisziplin.

Im Weiteren wird verwiesen auf den Artikel der Kieler Nachrichten vom 18.02.2021, worin sehr schön die mit der Umsetzung von Videokonferenzen verbundenen Problemstellungen dargestellt werden (Anlage).

Die Gemeinde Stockelsdorf wird am 1.3. ihre erste öffentliche Videokonferenz abhalten (<https://stockelsdorf.de/Startseite/Live-Stream/>) und auch interessant ist die 1. Videokonferenz des Stadtrats Trier vom 9.11.2020 (Youtube <https://ok54.de/archiv/7807>).

Wir bitten um Beratung und Beschlussfassung des nachstehenden Antrages.

Die LWG-Fraktion

gez. Annette Kleinfeld
(Fraktionsvorsitzende)

gez. Jan Plagmann
(Fraktionsvorsitzender)

Beschlussvorschlag:

1. Änderung der Hauptsatzung:

Satzung vom
zur 11. Änderung der Hauptsatzung
der Gemeinde Ostseebad Laboe
Kreis Plön

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 57), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. September 2020 (GVOBl. Schl.-H. S. 514) wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 03.03.2021 und mit Genehmigung der Landrätin des Kreises Plön folgende Satzung zur 11. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Ostseebad Laboe vom 11.02.2008, zuletzt geändert durch die 10. Änderungs-satzung vom 26.09.2018, erlassen:

Artikel 1

Die Hauptsatzung der Gemeinde Ostseebad Laboe vom 11.02.2008, zuletzt geändert durch die 10. Änderungssatzung vom 26.09.2018, wird wie folgt geändert:

Nach § 5a wird folgender neuer § 5b eingefügt. Dieser enthält folgende Fassung:

„§ 5b
Sitzungen in Fällen höherer Gewalt

- (1) Bei Naturkatastrophen, aus Gründen des Infektionsschutzes oder vergleichbaren außergewöhnlichen Notsituationen, die eine Teilnahme der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter an Sitzungen der Gemeindevertretung oder Ausschussmitgliedern an Sitzungen der ständigen Ausschüsse erschweren oder verhindern, können die notwendigen Sitzungen der Gemeindevertretung oder der ständigen Ausschüsse ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum als Videokonferenz durchgeführt werden. Dabei werden geeignete technische Hilfsmittel eingesetzt, durch die die Sitzung einschließlich der Beratungen und Beschlussfassungen zeitgleich in Bild und Ton an alle Personen mit Teilnahmerechten übertragen werden. Die Entscheidung hierüber trifft die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung oder die oder der Ausschussvorsitzende in Abstimmung mit der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister.
- (2) Beiratssitzungen oder Sitzungen nichtständiger Ausschüsse können im Sinne des Absatzes 1 durchgeführt werden.
- (3) Wahlen dürfen in einer Sitzung nach Absatz 1 und 2 nicht durchgeführt werden.

- (4) Die Gemeinde entwickelt ein Verfahren, wie Einwohnerinnen und Einwohner im Falle der Durchführung von Sitzungen im Sinne des Absatzes 1 Fragen zu Beratungsgegenständen oder anderen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft stellen und Vorschläge und Anregungen unterbreiten können. Das Verfahren wird mit der Tagesordnung zur Sitzung im Sinne des Absatzes 1 bekanntgemacht.
- (5) In Ausschusssitzungen im Sinne des Absatzes 1 findet eine Einwohnerfragestunde nicht statt.
- (6) Die Öffentlichkeit im Sinne des § 35 Abs. 1 Satz 1 GO wird durch eine zeitgleiche Übertragung in Bild und Ton in einem öffentlich zugänglichen Raum und durch Echtzeitübertragung oder eine vergleichbare Einbindung über das Internet her-gestellt.“

Artikel 2

Die 11. Nachtragssatzung tritt am _____ in Kraft.

Die Genehmigung nach § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung wurde durch Verfügung der Landrätin des Kreises Plön vom _____ Az.: _____ erteilt.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Ostseebad Laboe, den _____.

Gemeinde Ostseebad Laboe
Der Bürgermeister

Heiko Voß

2. Auftrag an die Verwaltung

Mit Beschluss zu 1. werden die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, Sitzungen im Sinne des § 35a GO in Form von Videokonferenzen abzuhalten. Die Gemeindevertretung beauftragt die Verwaltung, die technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen zu prüfen und Lösungen zu erarbeiten. Anhand der Ergebnisse soll im Anschluss eine Abstimmung erfolgen zwischen der Selbstverwaltung, vertretend durch den Bürgervorsteher, die/den Fraktionsvorsitzenden sowie dem fraktionslosen Einzelkandidaten (sog. Interfraktionelle Runde) und der Verwaltung hinsichtlich der kommunalpolitischen und technischen Umsetzung von Sitzungen in Form von Videokonferenzen. Das Ergebnis soll zeitnah den Mitgliedern der Gemeindevertretung vorgestellt und ggf. zur Abstimmung vorgelegt werden.